

Brexit – Großbritanniens Abschied von der Klimapolitik?

Dr. Benny Peiser ^[2] vor der 10. Internationalen Klima- und Energiekonferenz von EIKE am 11. und 12. November 2016 ^[1]

Die Bemerkungen in [...] und die Quellen stammen von mir. „Ich“, das ist Dr. Peiser.

Klimawandel

Zu diesem Thema hat unsere Denkfabrik keine kollektive Meinung. Aber wir sind der Überzeugung, dass die wissenschaftliche Forschung noch nicht alles zu diesem Thema weiss. Auch zum Brexit nehmen wir nicht Stellung. Das liegt daran, dass in unserem Vorstand Vertreter der verschiedensten politischen Ansichten sitzen.

Die Wahl eines Exzentrikers und Aussenseiters, eines Donald Trumps, zum 45. Präsidenten der USA wird vermutlich das Thema noch gründlicher aufmischen. Die Konsequenzen sind zwar nicht abzusehen. Sehr wahrscheinlich wird es aber zu einer radikalen Revision der US-amerikanischen Energie- und Klimapolitik kommen. Viele "grüne" Massnahmen, die Obama ohne Zustimmung des Kongresses ergriffen hat, werden wahrscheinlich schon bald wieder rückgängig gemacht oder zumindest entschärft werden. Der neue US-Präsident will so gut wie alle wichtigen klimapolitischen Entscheidungen von Barack Obama aufheben. Zitat: "Wir werden alle diese Jobs zerstörenden Anweisungen von Präsident Obama ausser Kraft setzen." Das sagte er im Mai [2016]. Nun gut, das ist Trump, und niemand glaubt, dass er das, was er ziemlich laut versprochen hat, auch umsetzen wird. Es wird sich zeigen. Er ist ein Politiker. Wir wissen: Politiker sagen viel und machen wenig. ^[19] Zudem sollen die USA mit der Finanzierung aller Klimaprogramme der UNO aufhören. Schliesslich sollen die USA alle Zusagen, die sie im Pariser Abkommen machten, zurück ziehen.

Die Zukunft wird zeigen, ob Trump seine Pläne umsetzen will oder kann. Aber wenn es geschehen sollte, dann würden das Pariser Klimaabkommen und die europäische Klimapolitik scheitern.

Brexit

In einem Referendum des Vereinigten Königreichs am 23. Juni 2016 stimmten 51,89 % der Wähler - das entsprach 37,44 % der Wahlberechtigten - für den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union.

Die Taktik der Befürworter und Gegner eines Brexits erinnerte mich an die apokalyptische Klima-Kampagne. Den Leuten wurde Angst wegen der Konsequenzen gemacht, falls die gegnerische Seite gewinnen sollte. Monate lang wurde den Briten ausgemalt, welche schlimmen wirtschaftlichen Folgen ein Austritt aus der EU haben würde. David Cameron, der Premierminister, sprach gar von der Möglichkeit eines 3. Weltkriegs. George Osborne, Schatzkanzler unter Cameron, beschwor ein Debakel für die [Alters-]Renten und den Zusammenbruch der Börse. Auch die Bank von England warnte vor einer Wirtschafts-Katastrophe.

Politik mit der Angst

Angstkampagnen begleiteten Europa während Jahrzehnten. Nach dem 2. Weltkrieg war es die Furcht vor der Sowjetunion. Dann kam die Angst vor der Kernenergie. ^[3] Seit 20 Jahren [30 Jahren] ist es die Angst vor Klima-Katastrophen, ^[4] die alle Parteien und Regierungen dieser Erde, mit Ausnahme der neuen US-amerikanischen, schüren. Sie haben das Pariser Klima-Abkommen auch unterzeichnet. ^[14]

Angst vor offenen Grenzen statt Angst vor Klimawandel

Sowohl in Grossbritannien als auch in den USA wurde diese Angst vor den schrecklichen Folgen eines durch den Menschen verursachten Klimawandels nun abgelöst von der Angst vor den Folgen einer unkontrollierten Masseneinwanderung. Man ist sich einig, dass dies das zentrale Thema beim britischen Referendum war. Es war nicht die Wirtschaft, es war nicht die EU, es war die Angst vor offenen Grenzen, die alle anderen Befürchtungen übertraf.

Viele Briten halten die EU natürlich auch für ein gescheitertes politisches Konzept, das in der aktuellen Struktur keine Zukunft hat. Sie wollen zudem eine selbstbestimmte Demokratie mit voller Souveränität, unter der die Gesetze im eigenen Parlament und nicht in Brüssel bestimmt werden. Schliesslich wollte "das Volk" den "Eliten" einen Tritt in den Hintern verpassen.

Die neue britische Regierung unter Theresa May

Der "klimaskeptische" ^[5] Flügel der konservativen Partei, der unter Cameron geschwächt war, wurde wieder stärker. Das für Klima und Energie verantwortliche Ministerium liegt aber weiterhin in den Händen "grüner" Bürokraten. Die May-Regierung hat zwar das Klima-Ministerium abgeschafft ^[6], aber sie hat trotzdem wenig Spielraum, die Klimapolitik radikal zu ändern. Die Lage stellt sich ihr anders dar als in den USA. Dafür ist die Klima-Gesetzgebung verantwortlich. Das britische Klimaschutzgesetz vom Jahre 2008, der sogenannte "Climate Change Act", fällt mit seiner rechtlich verbindlichen Zielsetzung von einer 80%igen Dekarbonisierung ^[15] bis ins Jahr 2050 radikaler aus als der verwässerte deutsche Klimaschutzplan. George Osborne warnte wiederholt davor, dass die einseitige Einhaltung dieser Ziele durch Grossbritannien seine Wirtschaft beeinträchtigt.

Der Brexit bietet nun die Chance, diese einseitige Einhaltung von Klimazielen zu vermeiden. Das Parlament ist zwar im Moment nicht für einen Wandel in der Klimapolitik zu haben, doch das kann sich schon bald ändern, denn es soll in den nächsten zwei Jahren zu Neuwahlen kommen.^[7] Theresa May und die meisten ihrer Minister sind weniger "grün" als die Leute unter David Cameron. Der hat die radikale Klima-Politik von Blair total vereinnahmt. May sieht das Thema unter dem Aspekt der sicheren Versorgung mit Energie.^[20]

Das britische Klimaschutz-Gesetz – ein Monstrum

Nick Timothy, Theresa Mays rechte Hand und ihr Stabschef, veröffentlichte eine schonungslose Kritik am britischen Klimaschutzgesetz. Er nannte es "einen einseitigen und monströsen parlamentarischen Akt der nationalen Selbstverletzung, der der britischen Industrie grossen Schaden zufügte". Zitat: "Dank des Climate Change Acts, der nicht von unkontrollierten Kräften ausserhalb Britanniens [über uns] verhängt, sondern von allen politischen Parteien unterstützt wurde, ist der Strompreis für die britische Industrie doppelt so hoch wie jener, den die EU-Konkurrenten bezahlen müssen." Mit den rasant steigenden Subventionen für erneuerbare Energien^[8] wächst der wirtschaftliche Schaden Jahr für Jahr.

Das Monster soll vertrieben werden

Die Entradikalisierung und Entschärfung dieses einseitigen und monströsen parlamentarischen Akts der nationalen Selbstverletzung ist das eigentliche Ziel klimaskeptischer Parlamentarier. Es gibt dafür einen rechtlichen Weg. Der politische Wille, ihn zu gehen, fehlt allerdings noch.

Das britische Klimaschutzgesetz erlaubt es der Regierung, die in ihm vorgeschriebenen Emissionsziele zu revidieren, wenn es signifikante Entwicklungen entweder in der Klimawissenschaft oder in der internationalen Klimapolitik gibt, die eine solche Revision erheischen. Wenn die EU-Mitgliedstaaten es ablehnen, das EU-Ziel einer Senkung der CO₂-Emissionen um 40% bis ins Jahr 2030 in national verbindliche Ziele zu verwandeln, könnte jene neue Situation in der Klimapolitik eintreten, die es den Briten erlaubte, ihren eigenen Climate Change Act zu revidieren.

Das (meteorologische) Klima in der Europäischen Union

Die EU versprach in Paris^[9], die CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2030 um 40% zu senken. Ihre Vertreter verlangten aber, dass sich alle Nationen für rechtlich verbindliche Klimaziele entscheiden. Doch die US-Amerikaner konnten dem nicht zustimmen. Sie wandten ein: Wenn sie rechtlich verbindliche CO₂-Reduktionswerte einführen wollten, müsste das vom Kongress genehmigt werden. Der würde es nicht akzeptieren. Die Amis tricksten. Sie erklärten das Pariser Abkommen zwar für rechtlich verbindlich, aber nicht die angestrebten Ziele.

Die neue Situation, in der die Briten wieder über die Bücher gehen können, ist jetzt eingetroffen. Wir haben nun ein praktisch wertloses Pariser Abkommen, weil es niemanden verpflichtet, etwas zu tun. Das Einzige, wozu sich die Nationen rechtlich einliessen: Sie müssen sich alle 5 Jahre überlegen, ob sie überhaupt etwas machen wollen.

Die Europäer werden die einzigen Dummen sein, die Klimaziele gesetzlich festschreiben.

Das Pariser Klima-Abkommen sollte nicht „Kyoto“ werden

Das erklärte Hauptziel der EU war (Zitat): Für alle Vertragsparteien müssen rechtsverbindliche Verpflichtungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen vereinbart werden. Während den Verhandlungen sagte der EU-Klimaschutz-Kommissar Cañete, dass die EU auf keinen Fall den Fehler machen wolle, den man in Kyoto machte, als alle grossen Emittenten [mit Ausnahme der EU-Staaten] ausserhalb der rechtlich verbindlichen Vereinbarung blieben. Das Kyoto-Protokoll hat die EU-Staaten gezwungen, einseitige und die Wirtschaft schädigende Verbindlichkeiten und Lasten auf sich zu nehmen. Dabei wurden die Emissionen nicht gesenkt, sondern zum Beispiel nach China ausgelagert.

Viele europäische Regierungen sind besorgt wegen der hohen Energie-Preise in Europa. Die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien sinkt. Das ist bekannt, auch der EU. Der frühere EU-Kommissar Günther Öttinger sagte: Wenn es für Länder wie Indien, Russland, Brasilien, die USA, China, Japan und Südkorea, die für 70% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sind, keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen gibt, wäre es ein Fehler der EU-Staaten, sich nur einseitig rechtlich zu binden. Wenn wir zu ehrgeizig sind und andere nicht folgen, wird es zu einer Abwanderung der Industrie und zu mehr Emissionen ausserhalb der EU kommen.

Die EU ist besorgt über den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit und über ständig wachsende Energiepreise. Sie folgte dem Ratschlag Öttingers und stellte eine Bedingung: Sie werde ihr Ziel, die CO₂-Emissionen um 40% gegenüber 1990 zu senken, nur dann anstreben, wenn es auch die anderen Länder tun. Das haben diese anderen Staaten aber nicht gemacht. Sie haben sich nicht rechtlich bindend verpflichtet.

Trotzdem hat die EU das Pariser Klimaabkommen als einen grossen Erfolg gefeiert, obwohl es für sie eine Niederlage war.^[16]

Ohne rechtlich verbindliche Dekarbonisierungs-Ziele für die wichtigsten Konkurrenzländer der EU dürfte es innerhalb ihr sehr schwierig sein, das 40%-Ziel national durchzusetzen.^[10] Es gibt erheblichen Widerstand, etwa aus Polen und anderen Ländern aus Ost- und Mitteleuropa. Selbst einige westeuropäische Staaten dürften zögern, ehe sie den "Kyoto-Fehler" wiederholen.

Die EU wird den Pariser Klimavertrag nicht einfach über Bord werfen. Das werden auch die Chinesen und Inder nicht tun.^[11] Das ist klar. Dieser Vertrag ist zu schön, weil er niemanden zu irgend etwas verpflichtet.^[12] Selbst Trump wird vermutlich nicht, wie er versprochen hat, aussteigen, sondern ihn einfach ignorieren.^[13]

Was will die EU tun?

Die EU hat rechtlich verbindlich beschlossen, dass im Jahre 2030 27% der Energie aus erneuerbaren Quellen bezogen werden müssen. Das ist allerdings etwas sonderbar, denn damit haben die einzelnen Staaten noch kein rechtlich verbindliches Ziel. Wenn ein Land das nicht einhält, kann es nicht bestraft werden. Die EU könnte sich also

aus diesem Vertrag hinauswursteln, indem sie beschlösse, das 40%-Ziel nur für die EU rechtlich verbindlich zu erklären - damit wäre es für niemanden mehr rechtlich verbindlich. Wir werden sehen, ob sie diese Chance nutzen oder in die Kyoto-Falle tappen wird.

Umdenken

Erst, wenn die Angst vor der drohenden Deindustrialisierung und den hohen Energiekosten in Europa grösser wird als die Angst vor dem [angeblich vom Menschen verursachten] Klimawandel, erst dann werden Regierungen ^[17] bereit sein, umzudenken. Das wird noch einige Jahre dauern. ^[18]

Fazit

Brexit und Trump haben den [angeblichen] Klima-Konsens erschüttert.

Quellen

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=X8L0qWFJWT4>

[2] Dr. Benny Peiser ist seit 2009 Direktor der Global Warming Policy Foundation GWPF, einer Denkfabrik, die dem angeblich vom Menschen verursachten Klimawandel (AGW - Anthropogenic Global Warming) kritisch gegenüber steht.

[3] Dann kam das Waldsterben.

[4] "Klima-Katastrophe" ist Unsinn. Es kann sich höchstens um Wetter-Katastrophen handeln. Das Klima kann sich zwar verschlechtern oder auch verbessern, aber eben nicht katastrophal, also auf einen Schlag.

[5] gegen angekündigte "Klima-Katastrophen" skeptische

[6] und das Thema ins Energie-Ministerium gelegt

[7] Die hat Frau May bereits am 19.04. für Juni 2017 angekündigt. Manche haben sich nach dem Grunde dafür gefragt. Vielleicht liegt er beim Thema „Klimaschutz“, also am Willen der Premierministerin, den Wandel in Gang zu setzen und ein geneigtes Parlament zu bekommen.

[8] eigentlich erneuerbare Träger oder Lieferanten von Energie; Energie selbst ist nicht erneuerbar, nur wandelbar

[9] Die UN-Klimakonferenz in Paris 2015 (englisch United Nations Framework Convention on Climate Change, 21st Conference of the Parties, kurz COP 21) fand als 21. UN-Klimakonferenz und gleichzeitig 11. Treffen zum Kyoto-Protokoll (englisch 11th Meeting of the Parties to the 1997 Kyoto Protocol, kurz CMP 11) vom 30. November bis 12. Dezember 2015 in Paris (Frankreich) statt. (Wikipedia)

[10] Abgesehen von der Schweiz: Die hat sich das schon mit grosser Begeisterung gesetzlich verschrieben - obwohl sie noch nicht einmal dem "Friedensprojekt EU" angehört. Wobei man einwenden kann, sie sei in der Lage, eigenständig zu handeln. Auf der anderen Seite entspricht es wieder dem Charakter der Eidgenossen und Eidgenossinnen: Man tut lieber etwas als dass man bloss schwätzt.

[11] Weshalb sollten sie? Der Vertrag verpflichtet zu nichts, und man ist "bei den Leuten".

[12] Ausser dazu, in regelmässigen (5 Jahre) Abständen wieder etwas zu beschliessen - das dann auch niemanden zu etwas Konkretem verpflichtet.

[13] Präsident Donald Trump aber ist nun (zusammen mit seinem Lande) tatsächlich ausgestiegen. Allerdings muss man beachten: Die USA haben das Kyoto-Protokoll, soviel ich weiss, nie ratifiziert.

[14] Indem die Politikerinnen und Politiker den Leuten Angst machen [und Terroranschläge anzetteln], können sie ungeliebte Gesetze und ungeliebte Steuern erzwingen – und ihre Macht ausspielen. Die Mächtigen wollen ihre Macht spüren, sie wollen die Ohnmächtigen zittern sehen. Viele Mächtige sind Sadisten.

[15] Unter „Dekarbonisierung“ versteht man den völligen Verzicht auf das Verbrennen von Kohle, Ergas und Erdöl.

[16] Politiker können nie zugeben, dass sie verloren haben. Das können auch wir Nicht-Politiker schlecht; doch das fällt natürlich weniger auf.

[17] und all die sogenannten „Grünen“

[18] Ich habe nichts gegen eine „grüne Welt“ einzuwenden und halte mich selbst sehr gerne draussen in der Natur auf. Aber ich verabscheue Lügen – und die angeblich vom Menschen verursachte Klima-Erwärmung und ihre mutmasslichen katastrophalen Folgen sind Lügen, aufgetischt von Leuten, die davon enorm profitieren.

[19] oder dann nur sonderbares und verrücktes Zeug, das nur ihnen und ihrer Anhängerschaft, aber uns kleinen Leuten nichts bringt ausser Steuern und nochmals Steuern und irgendwelche irrsinnigen Vorschriften. Das kann man so, vielleicht ein bisschen überspitzt, aber nicht völlig falsch formulieren.

[20] Das tat in den 1980er-Jahren auch Margaret Thatcher. Ihre (Kohle-)Minenarbeiter streikten. Die Ölbarone spielten mit uns. Sie setzte auf Kernkraft und suchte nach Argumenten, um sie akzeptabel zu machen. Man schlug ihr vor, auf das Pferd „CO₂-neutral“ zu setzen. Sie machte Geld locker, mit dem die Naturwissenschaft das beweisen konnte – und damit war das IPCC geboren.